

Mittwoch, den 18. März.

Chorner



Zeitung.

N. 66.]

Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr — Inserate werden täglich bis 4 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

[1868.]

Telegraphische Nachrichten.

Weimar, 16. März. Der Prinz Napoleon ist heute Mittag hier eingetroffen. Um 2 Uhr Deseuner im Schlosse. Nach Besichtigung der Stadt wird der Prinz um 5 Uhr seine Reise nach Gotha fortsetzen.

Wien, 16. März. Reichsrath. Der Minister des Innern, erklärte die Regierung habe keineswegs die Absicht, die Zusammengehörigkeit der durch die Geschichte gebildeten Ländergruppen zu verwischen; sie sei vielmehr auf die Erweiterung der Autonomie der einzelnen Länder und auf die Durchführung einer gewissen Decentralisation bedacht.

Ungar. Deleg. Das Referat, wonach die Kosten für die Kabinetskanzlei nicht gemeinsam sein, sondern vor den ungarischen Landtag gehören sollen, weil die Quotenanwendung auf diesen Posten nicht mit der Würde des Landes und der Achtung vor dem Könige zu vereinigen sei, wurde angenommen. Die Arbeiten der Delegation sind jetzt bis auf die Ernennung von Muntien behufs Ausgleichung abweichender Beschlüsse beider Delegationen beendigt.

Die „N. fr. Pr.“ meldet, daß der Just. Min. demnächst einen Gesetzentwurf einbringen wird, welcher die Pressprozesse dem Schwurgerichten überweist und theilt mit, daß in Folge der noch nicht beendigten Arbeiten der Delegationen zwar die Einbringung des Finanzplanes erst in der nächsten Woche erfolgen könne, es sei jedoch irrig, daß das Ministerium inzwischen Modifikationen in dem Finanzplane vorzunehmen beabsichtige. Die Nachricht, die Regierung werde die Couponssteuer noch weiter als um 10 Proz. erhöhen, habe keine Berechtigung. Uebrigens werde das Ministerium in Folge der Bezugserung, welche die Einbringung der Finanzvorlagen erfahren habe, eine Verlängerung des provisor. Budgets bis Ende April nachsuchen.

New-York, 5. März. Die republikanische Konvention von Ohio und die demokratische Konvention von Pennsylvania befürworteten die Zahlung der Staatsschulden in Papier.

Politische Uebersicht.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 14. März. Dr. Bähr, Rath beim Oberappellationsgericht für die neuen Landestheile, Mitglied des Reichstags und des Abgeordnetenhauses, hat in den „Preußischen Jahrbüchern“ eine interessante Abhandlung über den Zweiten'schen Prozeß veröffentlicht. Er läßt die Auslegung des Artikels 84 der Verfassung bei Seite und prüft die Sache unter der Voraussetzung, daß die vom Obertribunal aufgestellte Interpretation richtig wäre, daß also zwar Folgerungen, Schlüsse und Urtheile als „Meinungen“ straflos, dagegen Behauptung und Verbreitung von Thatfachen, das ist von demjenigen, was sich bereits vorher äußerlich als etwas Geschehenes erkennbar gemacht hat, durch den Art. 84 nicht geschützt wären. Er kommt dabei zu dem Resultate, daß der Begriff der Verleumdung auf die Zweiten'sche Rede gar nicht ange-

wendet werden kann, daß daher auch nach dem vom Obertribunal proklamirten Grundsatz die Freisprechung hätte erfolgen müssen. — Anlässlich der Vorgänge auf den Hamburger Auswandererschiffen sind beim Bundeskanzleramte Petitionen eingegangen, die Beaufsichtigung des Auswanderungswesens in die Hand zu nehmen und zu diesem Behuf in den Hansestädten Bundesbeamte stationiren zu lassen. — Es bestätigt sich, daß die neue Rathsstelle im Ministerium des Innern dem Geh. Regierungsrath Wohlers verliehen worden ist, der schon von dem Grafen Schwerin als Hülfs-Arbeiter in dieses Ministerium berufen wurde.

Am 13. März fand die zweite Plenarsitzung des norddeutschen Bundesraths statt. Den Vorsitz führte der Präsident Delbrück. Folgende Vorlagen des Präsidiums wurden an die Ausschüsse verwiesen: Gesetz betr. die Abänderung des Haushaltsetats für 1868, Gesetz betr. die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Geschleifung, Gesetz betr. die Quartierleistung für die bewaffnete Macht, Postvertrag mit Norwegen, Vertrag mit Hessen, betr. die Besteuerung von Branntwein und Tabak, Anträge Baierns, Württembergs, Badens, Hessens auf gegenseitige Freizügigkeit, Anwendung gemeinsamer Formulare zu Schiffscertifikation, Quartal-Uebersichten über Zölle und Steuern, Beförderung des Grimmischen Wörterbuchs. Ein Antrag Sachsen auf ein Bundesgesetz zum Schutz des Urheberrechts von literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst. — Der Ausschuß des nordd. Bundesrathes für Handel und Verkehr versammelte sich heute Vormittags zur Fortsetzung der Enquête über das Hypothekenbankwesen. — Der hiesige amerik. Gesandte, Herr Bancroft, wird nach der Ratifikation des Vertrages wegen der Staatsangehörigkeit Vollmachten erhalten zur Ausdehnung des Vertrages auf die süddeutschen Staaten.

Süddeutschland.

München, den 13. März. Von den 14 unter Frhr. von Thüngen zusammengetretenen Zollparlaments-Deputirten gehören 7 der conservativen, die 7 andern der ultramontanen Richtung an.

Die Nachricht der Wiener Blätter, Frhr. v. d. Pföldten habe zwei Tage in Wien verweilt und sich von da nach Paris begeben, ist unbegründet. Frhr. v. d. Pföldten hat München nicht verlassen.

Ueber das hinterlassene Privatvermögen des König Ludwig's I. weichen die Angaben von einander ab. Nach einem Bericht der „Allg. Zeit.“ soll dasselbe nicht von erheblicher Bedeutung sein, von anderer Seite dagegen wird dasselbe auf 27 Mill. Gulden geschätz. Außerdem sind von dem Verstorbenen spezielle Verfügungen über acht Koffer getroffen worden, von denen einer schon in 25 Jahren, die andern aber erst in 50 Jahren eröffnet werden dürfen.

Stuttgart, den 11. März. Die Wahlagitation nimmt, obwohl das kaum mehr möglich schien, noch immer an Lebhaftigkeit zu. Wie sonderbar klingen jetzt die schönen Phrasen, welche das Organ der Volkspartei noch vor wenigen Wochen aussprach: „An diesem Zollparlamentsschwindel wird sich das württembergische Volk nicht beteiligen. Von diesem

Berliner Machwerk will unser Volk nichts, durch grobhartige Wahlenthaltung wird es zeigen, wie sehr ihm dasselbe zuwider ist“ und dergleichen mehr. Und jetzt ist ein Leben und Treiben, wie es in Württemberg noch nie bei Wahlen geschenkt worden ist.

— Preußisch oder nicht preußisch ist jetzt die Partei im ganzen Lande geworden, so daß die deutsche Partei überall nur mehr als preußische Anschlußpartei hingestellt ist. Und doch ist kein Bezirk im Lande, wo diese Partei nicht zahlreiche Unterstützung findet, so daß der Sieg selbst den vereinigten dreifachen Gegnern wenigstens sehr erschwert wird.

Den 14. März. Die Publikation des neuen Kriegsdienstgesetzes nebst der Verordnung des neuen Kriegsdienstgesetzes nebst der Verordnung, betreffend die Prüfung einjähriger Freiwilligen wird in der nächsten Woche erfolgen.

Man erwartet hier den Besuch des Großfürsten-Thronfolgers von Russland. Derselbe wird auf der Rückreise von Nizza, wohin sich der Großfürst im Laufe der nächsten Woche begiebt, stattfinden. In der Begleitung des Prinzen befindet sich der General Perowski, welcher früher dem verstorbenen Großfürsten Nikolai beigegeben war.

Stuttgart, 16. März. Der „St. Anz.“ dementirt die Nachricht badischer Blätter, daß das Vorzeigen Preußens in der Tabaksteuer durch die württemberg. Reg. veranlaßt sei. — Die neue Gerichtsverfassung ist heute amtlich publicirt.

Karlsruhe, 13. März. Die „Karlsruher Zeitung“ widerspricht der Nachricht, die preußische Regierung sei von süddeutscher Seite veranlaßt worden, mit dem Projekt einer Tabaksteuer jetzt vorzugehen. Im Gegentheil sei die betreffende Vorlage der badischen Regierung unerwartet gekommen, und letztere werde auch kaum dem gestellten Antrage ihre Zustimmung ertheilen.

Darmstadt, 10. März. Die zweite Kammer genehmigte heute den mit Preußen abgeschlossenen Telegraphenvertrag und lehnte einen von Dumont gestellten Antrag, den Vertrag nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß Preußen einen der Bevölkerung von Starkenburg und Rheinhessen entsprechenden Theil des sich ergebenden Überschusses an Hessen auszahle, ab, daß alle aus den Telegraphen des norddeutschen Bundes sich ergebenden Überschüsse zur Ausdehnung des Telegraphennetzes verwendet werden müssen.

Oesterreich.

Wien, 14. März. Unterhaus. Der Minister des Innern legte einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Organisation der politischen Verwaltungsbehörden. Die ungarische Delegation genehmigte das ordentliche Budget der Marine, sowie die außerordentlichen Ausgaben für Landheer und Marine. In Korrespondenzen der „N. fr. Pr.“ hat der Unterrichtsminister v. Hasner den Jesuitenorden von der Eröffnung der Staats-Gymnasien in Feldkirch und Ragusa entbunden, und dem Jesuitengymnasium auf dem Freinberg bei Linz das Recht, staatsaltige Beugnisse auszustellen und Maturitäts-Prüfungen abzuhalten, entzogen. Daß durch Verfügung des Justiz-Ministers Dr. Herbst die deutsche Sprache als amtliche Sprache im galizischen Gerichtswesen abgeschafft und an deren

Stelle durchweg die polnische Sprache eingeführt sei, ist falsch. Der Justizminister hat in Folge eines Gesuches der Lemberger Advoatentammer nur genehmigt, daß alle in polnischer Sprache anhängig gemachten Prozeßsachen in derselben Sprache verhandelt und auch die Vorladungen und Erkennnisse polnisch abgefaßt werden; er hat aber ausdrücklich bestimmt, daß die deutsche Sprache für den ganzen inneren Justizdienst nach wie vor als amtliche Sprache beibehalten werden soll. Die bevorstehenden Steuererhöhungen bilden das Tagessgespräch, die Aufregung, welche dieselben in allen Schichten der Bevölkerung verursacht haben, ist im Wachsen und selbst in Abgeordnetenkreisen, in denen man sich Anfangs den Preußischen Vorschlägen gegenüber nicht geradezu ablehnend verhielt, ist ein Umschwung eingetreten, so daß es heute bereits sehr zweifelhaft geworden ist, ob sich die Majorität des Hauses dafür aussprechen würde, wenn sie in ihrer ursprünglichen Gestalt vor dasselbe gebracht werden. Das wird aber nicht geschehen, das Ministerium hat der sich fast mit Einstimmigkeit aussprechenden öffentlichen Meinung Rechnung getragen und wesentliche Abänderungen an dem Finanzplane beschlossen. Der konfessionelle Ausschuß des Herrenhauses hat sich in Betreff des Ehegesetzes zu einigen Konzessionen an den Clerus verstanden. Es ist nämlich der § 2 des Ehegesetzes dahin abgeändert worden, daß der betreffenden Kirche und Religionsgenossenschaft nicht nur die Beforgung, Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichts, sondern auch „der religiösen Erziehung“ überlassen bleibe. Der Zusatz ist bedenklich. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Justizminister Herbst einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Schulhaft ein. Die Spezial-Debatte über das Gesetz, betreffend die Aufhebung der Buchergerichtsgebung wurde darauf zu Ende geführt und das Gesetz selber in dritter Lesung zum Beschlüsse erhoben. — Der Niederkunft der Kaiserin wird Ende dieses Monats oder zu Anfang April entgegengesehen, und zwar soll der erwartete Sprosse des Herrscherhauses nicht in Gödöllö, sondern in der Öfener Königsburg das Licht der Welt erblicken. Die Anwesenheit der Kaiserin in Ungarn dürfte sich bis Mitte Mai ausdehnen. Der Kaiser hat nach dem „Pesther Lloyd“ dem Erzherzog Heinrich die Rechte eines österreichischen Erzherzogs entzogen, doch wurde in Öfen die nachträgliche Genehmigung zur Vermählung und die Verzeihung angebahnt.

Graz, 10. März. Gestern hat hier die erste Arbeiter - Versammlung stattgefunden. An fünfzehnhundert Arbeiter nahmen daran Theil; musterhafte Ordnung herrschte, gute Reden wurden gehalten, im Ganzen verhielt man sich maschvoll; clericale Einflüsse wurden zurückgewiesen.

Frankreich.

Paris, 14. März. Gesetzgeb. Körp. Der Präsident verliest ein Schreiben des Abg. Bic. Kervéguen, worin letzterer selbst verlangt, daß der gesetzgebende Körper die Einleitung der gerichtlichen Verfolgung erlaube. — Der Staatsminister Rouher bestätigte, daß der Marschall Mac Mahon heute aus Algier hier eintreffen werde. Nach Rücksprache mit dem Marschall werde die Regierung die Summe feststellen, welche die Reg. von der Kammer zur Unterstützung Algériens fordern wolle. Sodann Fortsetzung der Debatte über das Vereinsgesetz. Spezialdiskussion über § 1. In der Abstimmung wird das von der Opposition gestellte Amendement verworfen, welches verlangt, daß außer auf öffentlicher Straße Versammlungen unbedingt erlaubt sein sollen. — „Etendard“ demonstriert die Nachricht, daß der jetzige Minister des Innern an Stelle Baroche's das Justizministerium übernehmen werde.

— Über den Aufenthalt des Prinzen Napoleon in Berlin schreibt man der „A. B.“: „Am 5. d. M. hatte der Prinz die erste Zusammenkunft mit dem Könige Wilhelm und seine Unterredung hat drei Viertelstunden gedauert. Nachdem der Prinz den König verlassen, schloß dieser sich mit dem Herrn v. Bismarck ein, der sehr lange bei Sr. Majestät ver-

blieb. Am folgenden Tage, am 6., hatte der Prinz eine lange Unterredung mit dem Grafen Bismarck. Am 9. Morgens fand eine neue Conferenz statt, und dieselbe muß von Wichtigkeit gewesen sein, da der Prinz noch am selben Abend einen Herrn aus seinem Gefolge mit einem Briefe an den Kaiser abbandte. Der Verte des Prinzen wird heute Abend nach Berlin zurückkehren mit der Antwort des Kaisers an seinen Better. Die Herren Rouher und de Moustier sind lange vor Anfang der Conseilssitzung zum Kaiser befrieden worden. — Die Nachrichten über die in Algerien herrschende Hungersnoth sind fortwährend furchtbar. Es ist so weit gekommen, daß die Araber anfangen, sich mit Menschenfleisch zu nähren. Es scheint, daß die Regierung außerordentliche Maßregeln ergreifen will.

— Der „Moniteur“ veröffentlicht aus Anlaß des bevorstehenden Geburtstags des kaiserlichen Prinzen eine große Anzahl von Ordensoberleihungen. — Der Großfürst-Thronfolger von Russland wird am 24. März in Pizza erwartet, um der Einweihung der dort zum Gedächtnis seines verstorbenen Bruders erbaute Kapelle beizuwollen. — Wie es heißt, wird der Kronprinz von Dänemark nach Paris kommen und hier einige Tage verweilen, um sich dann über Marseille nach Athen zu begeben. — Herr Dutren, französischer Konsul für Japan, ist wegen der dortigen Vorgänge schleunigst von hier dahin zurückgereist. — Gestern fand in den Tuilerien ein Diner statt, zu welchem etwa 60 Deputirte aller Farben zugezogen waren. Wie die „Presse“ vernimmt, haben mehrere Mitglieder der Opposition ihre Einladung dem Oberstklämmerer mit motivirten Entschuldigungen zurückgeschickt. — Rouher hat seine Kandidatur für die Akademie aufgegeben. — Die „Patrie“ glaubt nicht, daß die französische Regierung die hannoversche Adresse entgegennehmen werde. Eine Petition mit 850,000 Unterschriften aus einem Lande, dessen Bevölkerung nur 1,900,000 Seelen zählt, muß als unächt erscheinen. Uebrigens weiß man in Frankreich, was von derartigen Petitionsbewegungen zu halten ist.

Belgien.

Haag, 14. März. Abgeordnetenkammer. Der Minister der ausw. Angelegenheiten legte die versprochenen diplomat. Altenstücke über die luxemburgische Angelegenheit vor. Dieselben enthalten nur bekannte Thatsachen nebst Erläuterungen, welche das Verhalten der Regierung in jener Angelegenheit zu vertheidigen bestimmt sind.

Brüssel, 14. März. Die Repräsentantenkammer genehmigte den Gesetzentwurf, welcher die militärische Präsenzdauer auf 27 Monate festsetzt, mit 87 gegen 21 Stimmen. Das Gesetz über die neue Armeeorganisation wurde mit 69 gegen 39 Stimmen angenommen.

Rußland.

St. Petersburg. Der „D. A. Z.“ wird von hier geschrieben: Die Stellung des Ministers des Innern Walujew hat sich immer noch nicht festgestellt, denn in Folge näherer Untersuchungen stellt sich immer mehr heraus, daß er sich von den einzelnen Gouverneuren hat stark hinters Licht führen lassen. Namentlich der Thronfolger soll gegen den Minister sehr eingenommen sein und wird er in dieser Beziehung von der Moskauer Presse, welcher Hr. v. Walujew ein Dorn im Auge ist, noch verstärkt. Der Thronfolger soll nämlich den Aufschwungen des Hrn. Kotow nicht allzu fern stehen. Man erzählt sich von ihm eine Neuzeitung, die namentlich seine Stellung zum Deutschbum kennzeichnen würde. Er soll gesagt haben: „Mein Großvater hat Russland von der Coalition befreit, mein Vater hat die Leibeigenen befreit und ich werde Russland von den Deutschen befreien“. Die Gemahlin des Thronfolgers, die dänische Prinzessin Dagmar, so günstig auch ihr Einfluß in jeder andern Beziehung sein mag, wird gerade in Bezug auf die Begünstigung des Deutschthums keinen guten Einfluß auf den künftigen Regenten Russlands üben. Sie trägt ihre Feindschaft gegen alles Deutsche offen zur Schau und bedient sich ihrer deutschen Muttersprache nie. Namentlich Preußen soll ihr ein Greuel sein.

Provinzielles.

Provinzial-Landtag. Bei Gelegenheit der Bevilligung von 5,000 Thlr. an die physikalisch-ökonomische Gesellschaft in Königsberg brachte der Abgeordnete Lambeck-Thorn den Antrag ein: „Der hohe Landtag wolle die physikalisch-ökonomische Gesellschaft veranlassen, den Bibliotheken der gelehrt Bildungs-Anstalten (Gymnasien und Realschulen 1. Ordnung) die von der Provinz Preußen Seitens derselben herausgegebenen Gesellschaftsschriften und kartographischen Werke in je einem Exemplare zu überweisen. Das Motiv zu diesem Antrag war, auf diesem Wege die vor trefflichen wissenschaftlichen Arbeiten der besagten Gesellschaft, die in den Gesellschaftsschriften niedergelegt sind, und durch den Buchhandel nicht bezogen werden können, so wie die ausgezeichneten geographischen Karten, von denen bisher zwei erschienen sind, größeren Kreisen zugängig zu machen, da sowohl aus den Schriften als auch aus den Karten dem Industriellen, dem Landwirth u. s. w. großer Nutzen für industrielle Zwecke, Bodenkultur, Bodenforschung, Kohlen-, Mergel- Kalkgewinnung u. s. w. erwachsen könnte und werde. Der Antrag wurde von vielen Seiten mit großer Genugthuung aufgenommen, erhielt aber doch nicht die volle Unterstützung der Versammlung aus dem Grunde, weil man der physikalisch-ökonomischen Gesellschaft, welche, von den liberalsten Grundsatzen geleitet, wohl unbedingt diesem Wunsche Rechnung tragen würde, eine solche Bedingung nicht stellen möchte, die gleichsam ein Aequivalent für die ihr gewährten 5000 Thlr. erscheinen dürfte.“

V Löbau, den 13. März. [Typhus.] Gestern früh starb hier der Kreisrichter von Giszyski am Typhus. In acht Wochen der siebente Gerichtsbeamte. Sein frühzeitiger Tod — er ist erst 37 Jahre alt — wird hier sehr bedauert, da er sich durch sein stets freundliches und zuverkommendes Wesen, allgemeine Liebe und Achtung erworben hatte. Auch der Staat verliert an ihm einen treuen, tüchtigen und fleißigen Richter.

Herr von Giszyski war ein gesunder und kräftiger Mann und hat sich durch seinen Tod die Erfahrung, die ja auch schon an anderen Orten gemacht ist, daß in diesem Jahre der Typhus vorzugsweise bei Personen der besseren Stände einen tödlichen Verlauf nimmt, wieder bestätigt.

Bon circa 20 gerichtlichen Gefangenen, die am Typhus erkrankt, und deshalb theils in ihre Heimat entlassen, theils in das Lazareth geschafft waren, ist nur einer gestorben. Von Leuten aus dem Arbeiterstande, die hier namentlich in den Vorstädten massenhaft am Typhus erkrankten und in den wenigsten Fällen ärztliche Hilfe hatten, sind 2 oder 3 gestorben. Es sind hiernach von den Erkrankten der unteren Klassen circ 5 pCt. von den Erkrankten der besseren Stände dagegen a. 80 pCt. gestorben. Die Sterblichkeit unter den Gerichtsbeamten ist eine noch nie dagewesene. Es sind in den letzten acht Wochen mehr Beamte gestorben als vordem in den letzten acht Jahren.

Die Stelle des ebenfalls am Typhus verstorbenen Kreis-Physikus ist noch immer nicht besetzt, und wäre es im Interesse des Publikums sowohl als auch des einen Arztes, den wird hier jetzt nur haben und der bei den vielen Kranken einen sehr schweren Stand hat, sehr zu wünschen, daß dies baldigst geschehen möchte.

Lokales.

— Stadtverordneten-Versammlung. (Schluß.) Bei der Verhandlung über den Etat (Einnahme Tit. III. Zinsen von ausstehenden Capitalien) kam eine bezüglich der Finanzen der Commune höchst wichtige Frage zur Debatte. Der Magistrattheilte nämlich der Ber. mit, daß unter dem Tit. III 200,400 Thlr. Capitalien mit einem Zinsenentrage von 10,497 Thlr. zwar ausgeworfen sind, aber schon diese beiden Beiträge geringer sind, als die im früheren Etat ausgeworfenen, und zwar die Capitalien um 13,690 Thlr. die Zinsen um 1066 Thlr. Indes, auch nicht einmal die obigen Beträge sollen definitiv in den Etat aufgenommen werden; es wird vielmehr vorgeschlagen, von den Capitalien noch 30,000 Thlr. mit einer

Binseneinnahme von 1500 Thlr. abzusetzen, so daß bei Tit. III 160,490 Thlr. Capital mit einer Binsen-Einnahme von 8997 Thlr. verbleiben. Als Motiv zu diesem Vorschlag wurde folgendes angeführt: Seit dem Jahre 1865 sind in Folge besonderer Be-willigung für Rechnung der Stadt Jahr erhebliche Bauten (Bürger-Schule 35,680 Thlr., Ausbau der Mädchenschule 6610 Thlr., Schule der Bromberger Vorstadt 5680 Thlr., Schule der Jacobs-Vorstadt 430 Thlr. u.) ausgeführt und nicht unbedeutende Beträge zu anderweitigen außerordentlichen Zwecken (die Spritze nebst Ausrüstung für die freiwillige Feuerwehr 1000 Thlr., Kriegslosen 4768 Thlr., für die Chausseen 9044 Thlr. u.) verwendet worden. Diese außerordentlichen Ausgaben während der Jahre 1865—1867 (in Summa 327,154 Thlr.) haben den Gesamtbetrag der Ausgaben über den etatsmäßigen Sollbetrag um 46,222 Thlr. überschritten. Zur Deckung dieses Deficits ist bereits das Capitalvermögen um 13,960 Thlr. vermindert und bleibt noch eine Schulde von 30,000 Thlr., welche wiederum nach Ansicht des Magistrats durch Abschreiben vom Capitalvermögen (20,000 Thlr. für die städtische Feuerkasse und 10,000 Thlr. für andere Kassen) gedeckt werden soll. Der Magistrat verkennt keineswegs, wie bedenklich es sei, daß Capitalvermögen der Stadt, welches zum größten Theile aus der Ablösung von früher unverhältnißlicher Einnahmen entstanden ist, zur Deckung außerordentlicher Ausgaben in Angriff zu nehmen, obgleich dieselben eine Vermehrung des Grundvermögens der Stadt herbeigeführt haben, die zwar nicht unmittelbare materielle Früchte tragen, wohl aber in dem Wohlbefinden und Gedeihen der Jugend einen nicht zu unterschätzenden mittelbaren Erfolg herbeiführen wird. Die Schulde könnte nun auch als eine schwebende behandelt und verzinst, sowie amortisiert werden, indem hierzu die Communal-Einkommenssteuer erhöht würde, allein die Majorität des Magistrats wollte dieses Verfahren nicht vorschlagen, weil nach Abschluß des Etats die Steuerkraft zur Deckung der laufenden Ausgaben die Steuerkraft der Bürgerschaft um die Hälfte stärker als bisher ange-spannt werden müßte und trotzdem eine Amortisation der Schulde, falls sie beabsichtigt werden müßte, nicht zur Ausführung gelangen würde.

Die Ber. stimmte dem Vorschlage des Magistrats, die Schulde von 30,000 Thlr. aus dem Capitalfonds der Kämmerei zu decken, nicht bei, sondern beschloß, die Summe, welche sich durch die Kosten der zur Vollendung der Bürger-Schule noch erforderlichen Bauten und Anschaffungen auf 36,000 Thlr. erhöhen wird, als eine zu verzinsende, mit mindestens 2 p.Ct. jährlich zu amortistrende Schulde anzusehen. Die Binsen, sowie die Amortisations-Quote sollen betreffenden Orts im Etat in Ausgabe gestellt werden. Schließlich wird der Magistrat noch ersucht, über die Verwendung etwaiger extraordinärer Einnahmen zur Verstärkung der Amortisation besondere Anträge zu stellen.

Der Magistratsvertreter, Herr Kämmerer Hoppe, erklärte, daß er nach seiner persönlichen Ansicht dieselben Beschlüsse zustimmen könne. Dieser Notiz fügen wir noch hinzu, daß der Beschluß, nach dem, was wir betreffs der Deckung der bezagten Schulde im Tagesgespräch gehört haben, auch die Zustimmung der Bürgerschaft in ihrer überwiegenden Majorität finden wird.

Bezüglich der Erhöhung der Communal-Einkommenssteuer teilte der Magistrat mit, daß zur Ausgleichung des Etats 14,163 Thlr. in Ansatz gebracht sind. Zur Aufbringung derselben werden 2 1/2 p.Ct. des Einkommens berechnet werden müssen, da bei der Anwendung des bisherigen Satzes von 2 p.Ct. nur 11,329 Thlr. durchschnittlich aufgetreten sind. Da momentan die Abschätzung zur Communal-Einkommenssteuer p. 1867 stattfindet, so vertrage die Ber. ihren Beschluß über die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung bis ihr das Resultat der Abschätzung zugegangen sein wird.

Auf den Beschluß der Ber., nach welchem der Etat auf 3 Jahre (1868/70) genehmigt wurde, influtierte sehr wesentlich die Erklärung des Herrn Stadtrathes und Kämmerers Hoppe, er wolle gegen Ende eines jeden Jahres eine Übersicht der Veränderungen gegen den Etat in Einnahme und Ausgabe, sowie eine Specification der nach den Beschlüssen der Stadtoberhöften für das künftige Jahr bevorstehenden außerordentlichen Ausgaben vorlegen, auf welcher Grundlage dann der Beitrag der für das folgende Jahr aufzubringenden Communalsteuer zu bestimmen sein würde.

Vereinswesen. Mit dem 13. d. Mrs. hat der hiesige Unterstützungsverein den zweiten Monat seiner Tätigkeit abgeschlossen. Es waren von ihm bis dahin ausgegeben:

A. zu ermäßigten Preisen:	
13,804 Portionen Erbsen à 1/4 Quart,	
8939 " Kartoffeln à 1/2 Meze,	
10,140 " Mehl à 1/2 Quart,	
7510 1/2 " Erbsen à 1/4	
5119 " Kartoffeln à 1/2 Meze,	
5197 " Mehl à 1/2 Quart.	

Es sind zu diesem Zwecke vom Vereine angekauft: 12 Scheffel Erbsen, 465 1/2 Scheffel Kartoffeln und 70 Centner Mehl. Die Mittel des Vereins, soweit sie aus den abgehaltenen Sammlungen hervorgegangen, beließen sich auf 891 Thlr. 17 Sgr. 3 Pf., wozu als Erlös aus dem Verkaufe 437 Thlr. 4 Sgr. 9 Pf. kamen, so daß der Verein im Ganzen über 1328 Thlr. 22 Sgr. zu verfügen hatte. Die Ausgaben betrugen bis zum 11. März 1159 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf., es war mithin nur noch ein Kassenbestand von 169 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf. vorhanden.

Unzweifelhaft ist manche Noth ungemildert geblieben; gewiß sind die wohlhabenderen Bewohner der Stadt vielfach durch Bettelie belästigt worden. Dennoch darf die Wirksamkeit des Vereins als eine segensreiche bezeichnet werden.

Er hat den städtischen Armenetat vor übergrohem Anstieg bewahrt, indem er durch seine Unterstützungen zahlreiche Familien der niederrückenden Nothwendigkeit überhob, die öffentliche Armenpflege in Anspruch zu nehmen und die Armentdirektoren in den Stand setzte, viele an sie ergehende Anträge mit Bezug auf die von dem Verein gewährten Erleichterungen zurückzuweisen. Er hat das Selbstgefühl des besseren Theils der ärmeren Bevölkerung gefördert, indem er ihr die Demuthigung ersparte, sich ohne eine Gegenleistung unterstützen zu lassen; er hat die Energie der Arbeitsfähigen noch erhalten, weil er sie zwang, die Mittel zur Bezahlung der verabreichten Lebensmittel zu erwerben. Und alles dies hat er erreicht ohne die Häuslichkeit der Unterstützten aufzuziehen, ohne Scharen freider Bettler herbeizuziehen, wie dies unzweckhafte Folge der Verbreitung zugeleiteter Speisen in größerem Maßstabe gewesen wäre. Jetzt sind seine Mittel erschöpft. Es ist wünschenswerth, daß der Verein seine Thätigkeit wenigstens bis zum 18. April fortsetze. Es ergeht daher an seine Freunde die Bitte, weitere Beiträge bei den Hrn. Wallis, Lambeck und Heins einzuzahlen.

Communales. Zu dem Licitations-Termin am Montag d. 16. d. behufs Verpachtung der Gesellschaftslokale im Artushofe hatten sich drei Konkurrenten eingefunden, von welchen Herr v. Kozelinski das Meistgebot von 414 Thlr. jährlich abgab.

Eisenbahn-Angelegenheiten. Auf das Gericht hin, daß der Bau der Eisenbahn Thorn—Fürthburg bei unserer Stadt schon begonnen habe, sind bereits Arbeiter hierher gekommen, welche sich in ihrer Hoffnung, bei gedachtem Bau Beschäftigung zu finden und ihren Lebensunterhalt zu erwerben, gesäuft sehen. Guten Vernehmen nach sind sie hierdurch in eine üble Lage gerathen und einige von ihnen, in Folge von Entbehrungen erkrankt, mußten in das hiesige Krankenhaus aufgenommen werden. Daß der Bau nunmehr seinen Anfang nähme, ist auch, abgesehen von anderen Rücksichtnahmen, um dieser armen Arbeiter willen wünschenswerth, welche schon beschäftigt werden könnten, da der Erdboden seiner Temperatur nach die Inangriffnahme der Erdarbeiten gestattet.

Theater. Zum Schluß der Winter-Saison wurden am Sonntag d. 15. „Die Studenten von Rummelstadt“, eine leidlich gute Posse von Hoffner, und am Montage d. 16. daß 3 aktige Lustspiel von Scribe: „Frauenkampf“, sowie der „Juristentag“ aufgeführt. Die Darstellung der beiden Piecen gefiel so sehr, daß das Auditorium zum Schluß: Alle! rief. Ueber die Leistungen der Gesellschaft während der Saison brachte u. Bl. bereits ein Referat und fügen wir demselben nur noch hinzu, daß die Theatersucher durch die zeitige Gesellschaft befriedigter sind als durch die der Theater-Saison des vorigen Jahres.

Brieffästen.

Eingesandt.

Wenn wir nicht irren, so existirt ein Gesetz wo-nach Kälber welche geschlachtet werden, wenigstens 4 Wochen alt sein müssen. Wir glauben, daß unter den vielen Kälbern, die in Thorn verzehrt werden, wohl sehr selten eins vorkommt, welches das vorge-schriebene Alter erreicht hat. Wem haben wir diesen Uebelstand zu verdanken, daß wir trotz eines schwülen Gesetzes, ungeseundes Fleisch genießen müssen? — P. P.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Berlin, den 17. März cr.

Fonds:	angenehm.
Russ. Banknoten	84
Wachau 8 Tage	847/8
Poln. Pfandbriefe 4%	61 1/4
Westpreuß. do. 4%	82 1/2
Posener do. neue 4%	85 1/2
Amerikaner	76
Desterr. Banknoten	88
Italiener	47
Weizen:	
Frühjahr	

Hogen:

loco	78 1/2
März	78 1/4
Frühjahr	78 1/4
August	69 3/4
Rüböl:	
loco	105/8
Frühjahr	10 18/24
Spiritus:	
loco	höher.
Frühjahr	20 1/12
Herbst	20 1/6
	20 1/8

steigend.

Getreide- und Geldmarkt.

Thorn, den 17. März. Russische oder polnische Banknoten 84—84 1/4, gleich 119—118 3/4%.

Thorn, den 17. März.

Weizen 118—123 pfd. holl. 90—94 Thlr. 124/26/125 pfd. holl. 96—100 Thlr. 129/30/31 pfd. 102—106 Thlr. per 2125 Pfd.; feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 112—117 pfd. holl. 64—68 Thlr. 118—123 pfd. 69—72 Thlr. per 2000 Pfd.; schwerere Qualität 1 Thlr. höher.

Erbsen, Futterwaare 58—60 Thlr. gute Kocherbsen 62—66 Thlr. per 2250 Pfd.

Gerste, Hafer ohne Zufuhr.

Danzig, den 16. März. Bahnpreise.

Weizen bunt, hellbunt, hochbunt und feinglastig 115—132 pfd. von 95—135 Sgr. pr. 85 Pfd.

Roggen 117—120 pfd. von 97—99 Sgr. pr. 81 1/6 Pfd.

Gerste, kleine und große 103—112 pfd. von 74—78 Sgr. pr. 81 1/6 Pfd.

Erbsen 83—90 Sgr. pr. 90 Pfd.

Hafer 50 Sgr. und darüber pr. 50 Pfd.

Spiritus nichts gehandelt.

Stettin, den 16. März.

Weizen loco 98—104 1/2, Frühj. 103.

Roggen loco 78—81 1/2, Frühj. 78, Mai-Juni 78.

Rüböl loco 107 1/2, März 107 1/2 Br., April-Mai 102 1/2.

Spiritus loco 20 1/4, März 20 Br., Frühj. 20 1/4.

Notliche Tagesnotizen.

Den 17. März. Temp. Wärme — Grad. Luftdruck 28 Zoll 5 Strich. Wasserstand 11 Fuß 7 Zoll.

Laut telegraphischer Meldung:

Warschau, 16. März. Gestrig Wasserst. 8 F. 2 3. Heutiger Wasserstand 7 Fuß 6 Zoll.

Inserate.

Das Spielen in Frankfurter Lotterie ist in Preußen gesetzlich erlaubt.

Am 10. April

Beginn der großen

Capitalien-Verloosung.

Größter Gewinn:

evt. 90,000 Thlr. Cr.

Ferner: 50,000, 40,000, 20,000, 12,000, 8000, 6000, 4800, 4000, 3200, 2400, 2000, 1600, 1200 cr. cr.

Ein ganzes Original-Los (keine Promesse) kostet 2 Thlr.

Ein halbes Original-Los (keine Promesse) kostet 1 Thlr.

Auswärtige Aufräge mit Rücksenn versehen werden prompt und verschwiegen ausgeführt, Gewinnelster und Ziehungslisten sofort nach Entscheidung zugesandt.

Man wende sich direct an

Sally Massé,

Bank- und Wechsel-Geschäft,
Hamburg.

„Royale-Belge“, Lebens-, Renten- und Unfall-Versicherungs-Gesell- schaft in Brüssel.

Grund-Capital: Fres. 3,000,000. — Reserven: Fres. 3,603,941. 14. Cts.

Dem Kaufmann Herrn A. Gutekunst in Thorn ist eine Haupt-Agentur obiger Ge-
sellschaft übertragen worden.

Danzig, im März 1868.

Die General-Agentur
Otto Lindemann.

Auf Vorstehendes Bezug nehmend, halte ich mich einem geehrten Publikum zum Abschluß von Versicherungen auf den Lebens- und Todesfall sowie von Begräbnissgeldern und Unfall-Versicherungen bestens empfohlen und werden Prospective, Antragsformulare wie jede Auskunft bereitwilligst ertheilt bei

A. Gutekunst in Thorn,
Haupt-Agent der „Royale-Belge“.

Bekanntmachung.



Feuerversicherungs-Actien-Gesellschaft für Deutschland „Adler“ zu Berlin.

Grund-Capital: Eine Million Thaler Preuß. Crt.

Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß dem Kaufmann

Herrn A. Gutekunst in Thorn

eine Haupt-Agentur obiger Gesellschaft übertragen worden ist.

Danzig, im März 1868.

Die General-Agentur
Otto Lindemann.

Bezugnehmend auf vorstehende Bekanntmachung, halte ich mich einem geehrten Publikum zur Aufnahme von Anträgen zur Versicherung gegen Feuersgefahr, in der Stadt wie auf dem Lande, auf Mobilien und Immobilien, bestens empfohlen und bin jede gewünschte Auskunft zu ertheilen und Antragsformulare und Prospective unentgeltlich zu verabreichen stets gern bereit.

A. Gutekunst in Thorn,

Haupt-Agent der Feuervers.-Act.-Ges. f. Deutschland „Adler“ zu Berlin.

Mit dem heutigen Tage haben wir dem Herrn Julius Louis Kalischer in Thorn, die General Agentur der Aussteuerkasse

„Le Conservateur“,

bestehend seit 2. August 1844, und in Preußen concessionirt den 9. October 1862, für Thorn und Umgegend übergeben, und ersuchen gleichzeitig ein verehrtes Publikum, denselben dasjenige Vertrauen entgegenbringen zu wollen, dessen sich unser Institut in Berlin schon seit Jahren erfreut.

Berlin, den 15. März 1868.

Die Subdirection des Conservateur.

Eduard Wilm, S. Behrendt,
Generalbevollmächtigter. Subdirector.

Bezugnehmend auf obige Annonce, erlaube mir das geehrte Publikum auf erwähntes Institut aufmerksam zu machen, und bemerke gleichzeitig, daß Prospective wie Statuten bei mir zur gefälligen Einsicht ausliegen.

Thorn, den 15. März 1868.

Der General-Agent
Julius Louis Kalischer.

Auction.

Donnerstag, den 19. d. Mts., von Morgens 9 Uhr ab, werden auf der Neustadt in dem Niemer Stephan'schen Hause, 2 Treppen hoch, Möbel, Betten, Haus- und Küchengeräthe meistbietend verkauft.

Meine Frankfurter Viehwaaren, bestehend in Luchen und Stoffen sind eingetroffen.

Jacob Danziger.

Wiewohl baumwollene Waaren viel theurer geworden, bin ich durch vortheilhafte Einkäufe in der letzten

frankfurter Messe

in Stand gesetzt Shirting von 2½ Sgr. an, Schifon (die nie gelb wird) von 4 Sgr. an, Dimitie von 4 Sgr. an, Pique, Taschentücher leinene zu sehr billigen Preisen zu verkaufen.

A. Böhm.

Gebrauchter Caffee

à 8½ Sgr. pro Pfund bei

A. Mazurkiewicz.

Roggenkleie und Weizenkleie, frische Raps- und Leinsuchen, billige 3jöllige Bohlen empfiehlt

N. Neumann, Seglerstr. 119.

Wir empfehlen:

Englisches Kochsalz à 3½ Thlr. d. Sack v. 125 Pfbd.

" Butter Salz à 3²/₃ " do. do.

" Viehsalz à 1¹/₆ " do. do.

L. Dammann & Kordes.

Petroleum,

wasserhell, empfiehlt billigst Friedr. Zeidler.

Ein schmackhaftes Kochöl, gute Metall-Streichölzer und schöne grüne Seife empfiehlt

A. v. Blumberg,

Neustadt 157.

800 Scheffel gesunde rothe Zwiebel-Kartoffeln sind in Kelpien bei Schönsee käuflich zu haben.

T. Schönfeld.

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß ich mein Lager von Bekleidungsstoffen für Herren zur Sommer-Saison durch Einkäufe auf der Wiese mit geschmackvollen Stoffen nach den modernsten Mustern auf's Vollständigste assortirt habe. Um geneigte Aufträge ersucht

A. Günther,
Neustadt No. 2.

Kladderadatsche v. J. 1848—68 u. d. Magazin f. d. Litteratur d. Auslandes v. J. 1832—54 sind zu verkaufen Brücke 19.

3 große eingelegte und geschnitzte Schränke, 1 großer Kasten und 1 Flügel stehen zum Verkauf Brücke 19.

Ein Garten ist zu verpachten, zu erfragen Culm. Str. 331.

Violencell im Kasten billig zu verkaufen Gerechte-straße 123, 2 Treppen.

Einen Lehrling sucht

Julius Rosenthal.

1 möbl. Part. Zim., Cab., mit auch ohne Burschengel. ist Gr. Gerberstr. 286.

Die Parterre-Wohnung, Tuchmacherstr., im Hause des Herrn v. Carlowitz ist folglich zu vermieten.

Ferdinand Leetz.

Möblirte Zimmer mit Beköstigung sind zu haben am Gerechten Thor 115/116.

1 freundl. möbl. Zim. Cab. u. Burschengel. auch zum Comteir geeignet zu vermieten Neust. 146.

1 Parterre-Wohnung ist Marienstraße 288 zu vermieten.

Baldt.

1 möbl. Zimmer n. Cabinet ist zu verm. vom 1. April Altst. Markt 303.

Butterstr. 91 ist ein möbl. Zimmer zu verm.

Mittwoch, den 18. d. M., Abends 6 U. hr. General-Versammlung der Mitglieder des Lese-Cabinets.